

Luther.

Steuerrecht
aktuell

Tax News

Newsletter 2. Ausgabe 2016

2nd edition 2016

Rechts- und Steuerberatung | www.luther-lawfirm.com
Legal and Tax Advice | www.luther-lawfirm.com

Inhalt

Abgabenordnung

Verpflichtung Steuererklärungen zu berichtigen – Neuer Anwendungserlass..... 3

Umsatzsteuer/Insolvenzrecht

Zur Berichtigung der Bemessungsgrundlage wegen Uneinbringlichkeit im vorläufigen Insolvenzverfahren..... 4

Außensteuer

Namensnutzung im Konzern 5

Ansatz/Bewertung

Rechtssicherheit beim Umfang der zu aktivierenden Herstellungskosten im Steuerrecht 6

Content

General Tax Code

Obligation to correct tax returns – New application decree..... 3

VAT/Insolvency law

Adjustment of the basis of VAT in case of irrecoverability during the preliminary insolvency proceeding 4

Foreign Tax

Utilisation of business name rights within the group..... 5

Approach/Valuation

Legal security regarding the scope of manufacturing costs which have to be capitalized under tax law 6

Abgabenordnung

Verpflichtung Steuererklärungen zu berichtigen – Neuer Anwendungserlass

Durch BMF-Schreiben vom 23.5.2016 wurde der Anwendungserlass zur Abgabenordnung zu § 153 AO (Berichtigung von Erklärungen) geändert und an die aktuelle Rechtsprechung angepasst.

Als Grundsatz wird angeführt, dass eine Anzeige- und Berichtigungspflicht durch den Steuerpflichtigen besteht, wenn er nachträglich erkennt, dass eine abgegebene Erklärung objektiv unrichtig oder unvollständig ist und es dadurch zu einer Steuerverkürzung gekommen ist. Wird unverzüglich eine berichtigte Erklärung bzw. eine Anzeige abgegeben, liegt weder eine Steuerhinterziehung noch eine leichtfertige Steuerverkürzung vor, vorausgesetzt, dass kein Vorsatz bzw. keine Leichtfertigkeit vorliegt. Wird dagegen eine Berichtigung unterlassen, handelt es sich regelmäßig um einen straf- oder bußgeldrechtlich relevanten Tatbestand.

Mit dem Anwendungserlass wird auch klargestellt, dass für die Frage, ob Vorsatz und somit eine Steuerhinterziehung vorliegt nicht die Höhe der steuerlichen Auswirkung relevant ist, die sich aufgrund einer unrichtigen Steuererklärung ergibt. Relevant ist vielmehr, ob die Handlung vorsätzlich war.

Sofern bereits ein Steuerstraf- oder Bußgeldverfahren bekannt gegeben wurde, kann der Steuerpflichtige nicht gezwungen werden, sich durch die Abgabe einer berichtigten Steuererklärung selbst zu belasten.

Der Anwendungserlass nimmt ferner Stellung dazu, wer zur Berichtigung verpflichtet ist. Primär sind dies der Steuerpflichtige, sein Gesamtrechtsnachfolger (z.B. Erbe) oder ein gesetzlicher Vertreter (z.B. der Geschäftsführer).

Durch die Anpassungen des Anwendungserlasses zu § 153 AO wird dem Steuerpflichtigen ein Leitfaden an die Hand gegeben, der die aktuelle Rechtsentwicklung bei der strafbefreienden Selbstanzeige berücksichtigt, die in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen an.

General Tax Code

Obligation to correct tax returns – New application decree

With a circular ruling issued by the Federal Ministry of Finance the application for Sec. 153 General Tax Code (Correction of tax returns) has been amended and adjusted to the current jurisdiction.

Basic principle is that a declaration obligation for the tax payer is given in case the tax payer after filing tax returns recognizes that the tax returns filed are objectively incorrect or incomplete and that this has led to an incorrect tax assessment. Assuming that a corrected return is filed immediately there is neither a tax fraud nor a tax evasion provided that there has been neither intent nor negligence. In case the tax payer refrains from filing such corrected returns, this usually leads legal actions by the tax authorities.

The newly introduced application rules also clarify that intent and thereby tax fraud does not depend on the amount of the tax impact resulting from incorrect tax returns filed. Of relevance is whether the action of the tax payer was intent or not.

If legal actions by e.g. the tax authorities have already been taken, the tax payer can not be forced to file corrected tax returns which incriminate himself.

The application rules also clarify who is obliged to file the corrected tax returns. Primarily this obligation is with the tax payer, his legal successor (e.g. heir) or a legal representative (e.g. managing director).

The adjustments to the application rules for Sec. 153 General Tax Code provide for guidance on correction of tax returns. This guidance takes into account the current developments in relation to voluntary self-disclosure to avoid penalty, which became more and more important in recent years.

Umsatzsteuer/ Insolvenzrecht

Zur Berichtigung der Bemessungsgrundlage wegen Uneinbringlichkeit im vorläufigen Insolvenzverfahren

Durch BMF-Schreiben vom 18.5.2016 wurde der Umsatzsteuer-Anwendungserlass zu § 17 UStG geändert und an die aktuelle Rechtsprechung angepasst.

§ 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 1 i.V.m. Abs. 1 S. 1 UStG erlaubt es die Steuer und Vorsteuer für Leistungen, deren Entgelt aus Rechtsgründen uneinbringlich geworden sind, zu berichtigen. Im Anschluss an diese Uneinbringlichkeit kann es durch die Vereinnahmung des Entgeltes gem. § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 UStG zu einer zweiten Berichtigung kommen. Dem steht nicht entgegen, dass die erste Berichtigung auf Grund der Uneinbringlichkeit und die zweite Berichtigung auf Grund nachfolgender Vereinnahmung im selben Voranmeldungs- oder Bemessungszeitraum zusammentreffen. Die zweite Steuerberichtigung nach § 17 Abs. 2 Nr. 2 S. 2 UStG erfolgt im Gegensatz zur ersten Berichtigung im Unternehmensteil Insolvenzmasse und führt zu einer Massenverbindlichkeit.

Die oben erwähnten Grundsätze zu den Steuerberichtigungen im Insolvenzverfahren sowie im Insolvenzeröffnungsverfahren finden sowohl bei der Bestellung eines sog. starken vorläufigen Insolvenzverwalters als auch regelmäßig im Falle der Bestellung eines sog. schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters Anwendung.

Die noch ausstehenden Entgelte für die zuvor erbrachten Leistungen werden im Augenblick vor der Eröffnung des vorläufigen Insolvenzverfahrens aus Rechtsgründen uneinbringlich, wenn ein sog. schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter mit allgemeinem Zustimmungsvorbehalt, mit Recht zum Forderungseinzug oder mit Berechtigung zur Kassenführung bestellt wurde. Uneinbringlich werden auch die Entgelte für die Leistungen, die der Insolvenzschuldner nach Bestellung des schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters bis zur Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens erbringt.

VAT/Insolvency law

Adjustment of the basis of VAT in case of irrecoverability during the preliminary insolvency proceeding

With a circular ruling issued by the Federal Ministry of Finance on May 18, 2016 the official guidance for the application of Sec. 17 VAT Act has been amended and adjusted to the current jurisdiction.

The adjustment of the VAT basis and input VAT due to the irrecoverability by law of the remuneration is allowed according to sec. 17 para. 2 No. 1 sentence 1 in conjunction with para. 1 sentence 1 VAT Act. In connection with the irrecoverability the further receipt of the payments pursuant to sec. 17 para. 2 No. 1 sentence 2 VAT Act can result in a second adjustment. It is of no relevance that the first adjustment due to the irrecoverability and the second adjustment due to the further receipt of payments could be performed in the same assessment period. Furthermore, the second adjustment pursuant to sec. 17 para. 2 No. 1 sentence 2 VAT Act is in contrast to the first adjustment an insolvency mass liability.

The principles set out above for insolvency cases are applicable in case of preliminary insolvency proceeding through so called weak and so called strong insolvency administrator.

Please note that outstanding remuneration for the performed services in the past are irrecoverable at the time an insolvency proceeding was opened. In case of the insolvency proceeding through a so called weak insolvency administrator a receivable is irrecoverable if the weak insolvency administrator was appointed with legally compulsory approval and with the right to collect debts. Furthermore, the weak insolvency administrator had to be entitled to treasury management. Irrevocable are also remuneration which were paid through insolvency debtor between the appointment of the weak insolvency administrator and the termination of insolvency proceeding.

Außensteuer

Namensnutzung im Konzern

Die Gestattung einer unentgeltlichen Namensnutzung zwischen nahestehenden Personen eines Konzerns ist steuerrechtlich anzuerkennen und führt nicht zu einer Korrektur der Gewinnermittlung nach dem Außensteuergesetz (AStG), wie der Bundesfinanzhof (BFH) mit Urteil vom 21.01.2016 (Az.: I R 22/14) entschieden hat. Die bloße Namensnutzung im Konzern begründet danach keine Geschäftsbeziehung i. S. des § 1 Abs. 4 AStG, für die einkommenserhöhend ein Korrekturbetrag angesetzt werden könnte.

Im Streitfall hatte der im Inland gewerblich tätige Kläger ein graphisches Zeichen („Firmenlogo“) entwickelt und seiner polnischen Tochterkapitalgesellschaft zur Verwendung bei ihrem Internetauftritt, auf Geschäftspapieren und Fahrzeugen überlassen. Die polnische Gesellschaft musste hierfür kein Entgelt zahlen. Das Finanzamt ging bei der Veranlagung des Klägers zur Einkommensteuer wegen „unentgeltlicher Überlassung des Markenrechts“ einkommenserhöhend von einer Gewinnkorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG aus.

Demgegenüber gab der BFH dem Kläger Recht. Danach liegt keine entgeltpflichtige Rechteüberlassung vor. Für die bloße Nutzung des Konzernnamens aufgrund einer Überlassung des Firmennamens durch einen Gesellschafter an die Gesellschaft seien in der Regel Lizenzentgelte steuerlich nicht verrechenbar. Im Fall der unentgeltlichen Nutzung kommt es dann nicht zum Ansatz eines einkommenserhöhenden Korrekturbetrags.

Anders ist es nach dem Urteil des BFH, wenn beispielsweise durch einen Warenzeichen-Lizenzvertrag, der ein Recht zur Benutzung des Konzernnamens und des Firmenlogos als Warenzeichen für verkaufte oder zum Verkauf angebotene Produkte einräumt, ein untrennbarer Zusammenhang zwischen Namensrecht und produktbezogenem Markenrecht hergestellt wird. Ist dabei ein eigenständiger Wert festzustellen, kann für die Überlassung eines derartigen Markenrechts nach Maßgabe der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters ein fremdübliches Entgelt gefordert werden. Hieran fehlte es aber in dem vom BFH entschiedenen Streitfall.

Foreign Tax

Utilisation of business name rights within the group

By judgement of 21st January 2016 in case I R 22/14 the German Federal Tax Court (BFH) held that the authorization of unpaid use of the name rights among related parties within a group has to be accepted by the fiscal authorities and does not lead to a correction of the profit determination according to the provisions of the German Foreign Tax Act (AStG). The mere right to use the business name within a group does not constitute a business relationship pursuant to Sec. 1 para 4 AStG and does not give the right for an income-increasing correction by the fiscal authorities.

In the case at hand, the plaintiff conducts his trade in Germany and had developed a company logo. He committed this company logo to a subsidiary in Poland without any consideration. The company logo had been used on business papers, vehicles and on the website of the subsidiary. The fiscal authority assumed for the tax assessment of the taxpayer an income-increasing correction pursuant to Sec. 1 para 1 AStG because of the commission of a trademark right free of charge.

The BFH upheld the plaintiffs action and holds that the mere commission of the right to use the company name from the shareholder to the company is not a chargeable action. The free of charge commission of a company name or logo does not allow to increase the taxable income of the taxpayer.

Following the judgement of the BFH a different assessment is possible, if, for example, a Trademark License Agreement, which provides the right to use the company name or logo as a trademark for products sold and/or offered for sale creates a inextricable link between the name rights and the product-related trademarks. Can in this case an independent value be noted, at arm's length transfer prices can be demanded for the commission with the attention of a diligent business man. In the case at hand this criterion was not fulfilled.

The background of Sec. 1 AStG is, that in international company groups the internal service relationships can be determined free of the conflicts of interest and market conditions. In the case of a worldwide acting company group this influences the distribution of the accumulated tax substance among the countries concerned. The internationally accepted principle „dealing-at-arm's-length“ aims at an objective distribution of the accumulated tax substance oriented towards the conditions of the free market. Simultaneously it counters tax advantages that are generated by the tax optimized determination of transfer prices.

Ansatz/Bewertung

Rechtssicherheit beim Umfang der zu aktivierenden Herstellungskosten im Steuerrecht

Der Bundesrat hat am 17. Juni 2016 dem Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens und damit der Einführung des § 6 Abs. 1 Nr. 1b - neu EStG zugestimmt. Somit wird endlich Klarheit geschaffen, hinsichtlich des Umfangs der zu aktivierenden Herstellungskosten im Steuerrecht.

Die von der Finanzverwaltung eingeführte Einkommensteueränderungsrichtlinie 2012 legte fest, dass auch die angemessenen Kosten der allgemeinen Verwaltung, Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebs, die Kosten für freiwillige soziale Leistungen und für die betriebliche Altersversorgung zwingend in die Ermittlung der Herstellungskosten einzubeziehen sind. Zuvor bestand für diese Kosten wie im Handelsrecht ein Wahlrecht hinsichtlich deren Aktivierung bei den Herstellungskosten.

Diese Änderung führte zu einer Abweichung zwischen der handelsrechtlichen und der steuerrechtlichen Wertuntergrenze bei den Herstellungskosten und somit zu großem Gegenwind auf Seiten der Industrie. Der Mehraufwand allein durch diese Regelung wurde auf rund 1,5 Mrd. EUR geschätzt.

Dies führte dazu, dass die Finanzverwaltung mit dem BMF-Schreiben vom 25.03.2013 eine zeitlich unbestimmte Übergangsphase einführte, nach der die Herstellungskosten, abweichend von der Einkommensteueränderungsrichtlinie 2012, nach der alten Verwaltungspraxis ermittelt werden konnten.

In Folge der Neueinführung des § 6 Abs. 1 Nr. 1b EStG besteht ab sofort ein gesetzliches Wahlrecht, die Kosten der allgemeinen Verwaltung sowie Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und die betriebliche Altersversorgung in die Ermittlung der Herstellungskosten miteinzubeziehen.

Mit dieser Gesetzeseinführung wird eine Übereinstimmung der handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Vorschriften erreicht. Somit wird auch eine Wertdifferenz zwischen der Handels- und Steuerbilanz vermieden. Es bleibt bei einem Aktivierungswahlrecht sowohl für die Steuerbilanz als auch für die Handelsbilanz. Zu beachten ist, dass das steuerliche Wahl-

Approach/Valuation

Legal security regarding the scope of manufacturing costs which have to be capitalized under tax law

The Federal Council adopted the "Law for modernization of the taxation procedure" on 17 June 2016 and agreed to the introduction of the new Sec. 6 para. 1 No. 1 (b) German Income Tax Act which provides clarity regarding the scope of the manufacturing costs that have to be capitalized under tax law.

The "income tax amending directive 2012" introduced by the German tax authorities determined that the reasonable costs for general administrative expenses, welfare facilities, the cost of voluntary social payments and for occupational pensions are mandatory components of the manufacturing costs. Before this directive, such costs were - as in commercial law - optional.

Thus, this change through the "income tax amending directive 2012" resulted in a deviation between the lower limit of the manufacturing costs under commercial and tax law and triggered a public discontent from the industry. The additional expenses from this regulation had been estimated at EUR 1.5 billion.

For this reason, the financial authorities introduced with the decree from the German Federal Ministry of Finance dated 25 March 2013 an indefinite transitional phase during which the manufacturing costs could be determined under the old practice.

As a consequence of the introduction of Sec. 6 para. 1 No. 1 (b) of the German Income Tax Act, there is now a legal option to include the general administrative expenses as well as expenses for social amenities, voluntary benefits and occupational pensions in the calculation of the manufacturing costs.

With this amendment, a synchronization of commercial and tax rules is achieved and a difference between the commercial and tax balance sheet is avoided. It remains with the capitalization option for both the tax balance sheet and the German GAAP balance sheet. It should be noted that the tax option right has to be exercised in accordance with the GAAP balance sheet.

recht in Übereinstimmung mit dem handelsrechtlichen Wahlrecht auszuüben ist.

Die Änderung tritt am Tag nach Verkündung des Gesetzes durch den Bundespräsidenten in Kraft. Es besteht die Möglichkeit, das steuerrechtliche Wahlrecht rückwirkend auch für bereits abgelaufene Wirtschaftsjahre anzuwenden.

The law change comes into force the day after promulgation by the federal president. It is possible to apply the new law for previous fiscal years.

Frankfurt a. M.



Nicole Fröhlich

Steuerberaterin, Dipl. Betriebswirtin (FH),
Partnerin
Tax Advisor, Graduate in Business Administration
Partner
Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Frankfurt a.M.
+49 69 27229 24830
nicole.froehlich@luther-lawfirm.com



Ulrich Siegemund

Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner
Lawyer, Tax Advisor, Partner
Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Frankfurt a.M.
+49 69 27229 16364
ulrich.siegemund@luther-lawfirm.com

Hannover | Hanover



Jens Röhrbein

Rechtsanwalt, Steuerberater, Dipl. Finanzwirt,
Partner
Lawyer, Tax Advisor, Graduate in Business
Administration and Tax, Partner
Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Hannover | Hanover
+49 511 5458 20129
jens.roehrbein@luther-lawfirm.com

München | Munich



Peter Fabry

Rechtsanwalt, Steuerberater,
Fachanwalt für Steuerrecht, Partner
Lawyer, Tax Advisor, Certified Specialist in tax
law, Partner
Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
München | Munich
+49 89 23714 24780
peter.fabry@luther-lawfirm.com

Impressum

Verleger: Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Anna-Schneider-Steig 22, 50678 Köln, Telefon +49 221 9937 0
Telefax +49 221 9937 110, contact@luther-lawfirm.com
V.i.S.d.P.: Ulrich Siegemund, Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH,
An der Welle 10, 60322 Frankfurt a.M., Telefon +49 69 27229 16364,
Telefax +49 69 27229 110, ulrich.siegemund@luther-lawfirm.com
Copyright: Alle Texte dieses Newsletters sind urheberrechtlich
geschützt. Gerne dürfen Sie Auszüge unter Nennung der Quelle
nach schriftlicher Genehmigung durch uns nutzen. Hierzu bitten
wir um Kontaktaufnahme. Falls Sie künftig keine Informationen der
Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH erhalten möchten, senden
Sie bitte eine E-Mail mit dem Stichwort „Newsletter Steuerrecht
aktuell“ an unsubscribe@luther-lawfirm.com

Haftungsausschluss

Obgleich dieser Newsletter sorgfältig erstellt wurde, wird keine
Haftung für Fehler oder Auslassungen übernommen. Die Informa-
tionen dieses Newsletters stellen keinen anwaltlichen oder steuer-
lichen Rechtsrat dar und ersetzen keine auf den Einzelfall bezoge-
ne anwaltliche oder steuerliche Beratung. Hierfür stehen unsere An-
sprechpartner an den einzelnen Standorten zur Verfügung.

Imprint

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Anna-Schneider-Steig 22,
50678 Cologne, Phone +49 221 9937 0, Fax +49 221 9937 110,
contact@luther-lawfirm.com
Editor: Ulrich Siegemund, Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH,
An der Welle 10, 60322 Frankfurt a.M., Phone: +49 69 27229 16364,
Fax: 49 69 27229 110, ulrich.siegemund@luther-lawfirm.com
Copyright: These texts are protected by copyright. You may make
use of the information contained herein with our written consent, if
you do so accurately and cite us as the source. Please contact the
editors in this regard contact@luther-lawfirm.com

Disclaimer

Although every effort has been made to offer current and correct in-
formation, this publication has been prepared to provide information
on recent regulatory and legal developments in Germany only. It is
not exhaustive and thus does not cover all topics with which it deals.
It will not be updated and cannot substitute individual legal and/or tax
advice. This publication is distributed with the understanding that Lu-
ther, the editors and authors cannot be held responsible for the results
of any actions taken on the basis of information contained herein or
omitted, nor for any errors or omissions in this regard.

Die Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH berät in allen Bereichen des Wirtschaftsrechts. Zu den Mandanten zählen mittelständische und große Unternehmen sowie die öffentliche Hand.

Berlin, Brüssel, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig,

London, Luxemburg, München, Shanghai, Singapur, Stuttgart, Yangon

Luther Corporate Services: Delhi-Gurgaon, Kuala Lumpur, Shanghai, Singapur, Yangon

Ihren Ansprechpartner finden Sie auf www.luther-lawfirm.com

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH advises in all areas of business law. Our clients include medium-sized companies and large corporations, as well as the public sector.

Berlin, Brussels, Cologne, Dusseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hanover, Leipzig,

London, Luxembourg, Munich, Shanghai, Singapore, Stuttgart, Yangon

Luther Corporate Services: Delhi-Gurgaon, Kuala Lumpur, Shanghai, Singapore, Yangon

Your local contacts can be found on our website www.luther-lawfirm.com.



Auf den Punkt. Luther.

juv 2014
AWARDS

Kanzlei des Jahres
für Regulierte Industrien

juv 2014
AWARDS

Kanzlei des Jahres
für Energiewirtschaftsrecht

juv 2014
AWARDS

Kanzlei des Jahres
für Privates Baurecht

juv 2015
AWARDS

Kanzlei des Jahres für
Vertrieb/Handel/Logistik